

3

**Grundwerte
für die Kinder- und Jugendarbeit**

... diese traditionellen Grundwerte der Arbeiterwohlfahrt haben noch heute ihre Gültigkeit. Der Einsatz für den Frieden, für die Erhaltung der Umwelt und für die faktische Gleichberechtigung von Frauen und Mädchen, somit die Notwendigkeit der Friedens- und Umwelterziehung und die geschlechtsspezifische, insbesondere die eigenständige Mädchenarbeit lassen sich daraus ableiten.

Ferienlager und Freizeiten sind für ihre TeilnehmerInnen ein Ort, neuen Mut, neue Ideen und Gedanken zu schöpfen, durch Spaß, Begegnung und gemeinsames Erleben neue FreundInnen zu gewinnen und gestärkt in den Alltag zurückzukehren. Dass all das auch für eine Zukunft gelten, in der die Zukunftsaussichten der Kinder und Jugendlichen oft schwer erkennbar sind, und wo die Anforderungen der Leistungsgesellschaft und die Reize der Konsumwelt durch die Schule hindurch das Kindheitsalter erfasst haben und den Raum für Spielen und Frohsinn mehr denn je begrenzen. Die AW und das Jugendwerk als Veranstalter von Ferien und Freizeiten sehen sich heute vor zwei Herausforderungen:

Zum einen: Die Zahl der Anbieter von Ferienfreizeiten ist beträchtlich gewachsen, ihre Angebote sind differenzierter und anspruchsvoller geworden, eine kommerzielle Herausforderung ist entstanden. Mit ihr ist eine Ideologie gewachsen, die als Antwort auf die verschärften Leistungsanforderungen professionell organisiertes Abschalten, Vergessen machen und Konsumieren bietet. Harte Arbeit gegen unbeschwerte Freizeit, so gut man zahlen kann, frei von Politik, Problemen und Ideologie, just for fun.

Zum anderen: Die Zahl derer, die arbeitslos sind, also sich nichts leisten dürfen oder können, wächst. Aufgabe der AW und des Jugendwerks aus ihrem Anspruch nach gerecht und sozialem Leben muß wie schon immer sein, allen, die es sich nicht leisten können, zu Urlaub und Freizeit zu verhelfen,

damit zumindest dieser Teil der Freiheit nicht vom Geld allein abhängt.

Auch der AW und dem JW geht es darum, in Urlaub, Ferien und Freizeit, Erlebnis, Spaß, Abenteuer und Unterhaltung zu ermöglichen, allerdings für alle. Wir unterstützen das Bedürfnis nach zwangloser Begegnung und Kommunikation, verstehen uns aber nicht als unpolitisch und unparteiisch, sondern die Angebote und Aktivitäten der AW sind parteiisch im Sinnesozialer Emanzipation. Ferien und Freizeit bieten eine Chance zur Mündigkeit und Selbstbestimmung, zur Verwirklichung des Menschenbildes der AW:

„Kritikfähigkeit, Verantwortungsbewußtsein, Sachkompetenz, Engagement und solidarisches Handeln bestimmen... das Menschenbild der AW.“ (Aus dem Grundsatzprogramm der AW „Humanitäres Handeln aus politischer Verantwortung“, Bonn 1987, S. 5).

In einer Zeit verschärfter sozialer Auslese, gestiegener individueller Anforderungen vor dem Hintergrund gewachsener und bedrohlich wirkender Existenz- und Zukunftsprobleme ist gerade bei den jungen Menschen das Bedürfnis nach persönlicher und gesellschaftlicher Orientierung spürbar gewachsen und die Frage nach dem Sinn des Lebens drängender geworden. Auch an diesem Punkt unterscheiden sich die AW und das JW von kommerziellen Anbietern: Wir möchten jungen Menschen zur Verfügung stehen, um auch auf ihre Fragen nach Gegenwart und Zukunft, Orientierung und Sinn eingehen zu können. Wir sind bereit, ohne jegliche Anforderung von Leistungen eine geistige Auseinandersetzung auch in Freizeit und Urlaub einzugehen. Daher verstehen sich die MitarbeiterInnen der AW und des JW nicht als konsumfördernde Animatoren, sondern sind zu Gespräch und Auseinandersetzung bereit, um gemeinsam nach Antworten zu suchen.

Die hier vorliegenden Aussagen zu den Grundwerten geben Anhaltspunkte zu die-

ser Auseinandersetzung. Sie sollen vor allem den MitarbeiterInnen der AW in der Vorbereitung der Ferien und Freizeiten und z. B. bei der Teambildung Grundlage und Orientierungen bieten. Mit den Grundwerten sollen die weltanschaulichen Positionen der AW verdeutlicht werden. Die im Folgenden zusammengestellten manchmal bewußt auch abstrakt gehaltenen Aussagen sollen dazu beitragen, für die pädagogische Praxis vor Ort zu eigenen Positionen zu finden: Sie sollen sowohl die Orientierung des Verbandes der AW verdeutlichen, wie auch zur Orientierung der eigenen Praxis beitragen.

Das Material ist ohne Anspruch auf Vollständigkeit in der Betrachtung der Grundwerte zusammengestellt worden. Es soll die LeserInnen zur weiteren Befassung und „Forschung“ animieren und Anregungen zur eigenen Weiterarbeit geben. Ziel ist dabei, zu einem eigenen Verständnis eines jeden Grundwertes zu gelangen, um daraus schließlich eigene Normen für das persönliche, pädagogische Handeln in Ferien und Freizeit abzuleiten.

Freiheit Freiheitsbegriff historisch entwickelt

Nur der ist ein Mensch, der frei ist.

Dies wußte schon die Antike. Sklaven, also Unfreie, galten nicht als Menschen, sondern als Sachen, sie konnten veräußert werden, getötet werden, waren ganz der Willkür ihres Herren ausgeliefert. Nur die Freien hatten alle Bürgerrechte, nahmen am öffentlichen Leben, an der Politik Anteil. Frei waren in den meisten antiken Gesellschaften übrigens nur die Männer. Frauen und Kinder gehörten zum Haus. Wenn wir heute Freiheit oftmals mit Emanzipation gleichsetzen, so meint dies, daß die Kinder „aus der Hand ihres Vaters“ (lat. „ex manum capere“) hinausgingen und eigene Freiheitsrechte wahrnehmen konnten.

Darum verwundert es nicht, daß die Botschaft des Christentums zuerst unter den Unfreien Widerhall fand. Denn, so die christliche Lehre, durch den Tod Jesu Christi sind alle Menschen befreit, Freie vor Gott. Als im 4. Jahrhundert jedoch die christliche Religion zur Staatsreligion erhoben wurde, geriet sie in einen unauflösblichen Widerspruch. Wie wollte sie ihre Botschaft der Befreiung aller Menschen durch den Kreuzestod des Erlösers mit den konkreten despotischen Herrschaftsverhältnissen im Römischen Reich in Einklang bringen. „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist“ lautete die Lösung. Allerdings beschränkte sich die Kirche nicht auf den religiösen Bereich, auf die Seelsorge, sondern wurde mehr und mehr zur wesentlichen Stütze der mittelalterlichen Macht und Gesellschaftspyramide. Ja, darüber hinaus wurde sie selbst Träger weltlicher Macht.

Auch die Reformation, die die Freiheit des Christenmenschen wiederherstellen wollte, endete schließlich im Bündnis von Thron und Altar, konkret gesagt: Der oberste Landesherr wurde zugleich auch Bischof seiner Kirche.

Es ist von daher erklärlich, wenn die aufklärerische Kritik zu Beginn der Neuzeit an der Kirche, an der Religion ansetzte. Sie

mündete in die revolutionäre These, daß alle Menschen frei geboren seien, daß nur der Staat ein gerechter sein könne, der sich in Übereinstimmung mit der menschlichen Freiheit befinde.

Alle Revolutionen der Neuzeit, die amerikanische von 1776, die französische von 1789 wurden, unabhängig von ihrem konkreten Ausgang, im Namen der Freiheit durchgeführt. Indes zeigte gerade der Verlauf und das Ergebnis der französischen Revolution, daß die Freiheit des Menschen nicht allein darin besteht, am politischen Leben teilhaben zu können. Denn die Französische Revolution verkündete nicht nur die politische Freiheit, sondern auch die wirtschaftliche Freiheit, das Recht auf Eigentum. Freies Wirtschaften (und dies hieß mehr und mehr an der Kapitalbildung orientiertes Wirtschaften) schuf soziale Ungleichheit, Not und Elend in bis dahin unbekanntem Ausmaß. Die politischen Freiheitsrechte wurden nur denjenigen zuerkannt, die wirtschaftlich erfolgreich waren. So durften in England im ganzen 19. Jahrhundert nur diejenigen wählen, die über einen bestimmten Grundbesitz verfügten. In Preußen war bis zum Jahre 1918 die Stimme eines Reichen genauso viel wert wie die Stimme von 10.000 Armen. (Preußisches Dreiklassenwahlrecht).

Die im 19. Jahrhundert entstandene moderne Arbeiterbewegung (in Deutschland die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei) verknüpfte daher ihren Kampf um soziale Gerechtigkeit mit dem um die politische Freiheit. Für sie gab und gibt es keine politische Freiheit ohne soziale Gerechtigkeit, keine Gerechtigkeit ohne die Verwirklichung politischer Freiheitsrechte.

Trat im 19. Jahrhundert das Spannungsverhältnis zwischen politischer Freiheit, sozialen Freiheitsrechten und ökonomischem freien Wirtschaften in aller Kraßheit und Deutlichkeit zutage, so erweiterte sich der Freiheitsbegriff zu Beginn des 20. Jahrhun-

ders um die der kulturellen und der pädagogischen Freiheit. Die deutsche bürgerliche Jugendbewegung ebenso wie die Arbeiterjugendbewegung, aber auch der Kampf um die soziale und politische Gleichheit der Frauen, um die Anerkennung verschiedener Lebensformen, verschiedener Weisen erotischen und sexuellen Umgangs miteinander, hob neue Dimensionen der Freiheit in das öffentliche Bewußtsein.

Die Zeit des Nationalsozialismus ließ jedoch alle diejenigen jäh verstummen, die geglaubt hatten, es gäbe einen automatischen Fortschritt hin zu mehr Freiheit. 12 Jahre der totalen Unfreiheit, des Rassismus, der sozialen Ausbeutung, der totalitären Unterdrückung jeglicher freiheitlichen Regung, der marschierenden Kolonnen, der Uniformen, der genormten Haarschnitte, machten deutlich, daß Verlust jeglicher Freiheit den Rückfall in die finsterste Barbarei zur Folge hatte. Freie Liebe, Jazz, lange Haare, offene Hemden, Körperfreizügigkeit machten verdächtig, lieferten Jugendliche der Gestapo, in einzelnen Fällen sogar dem Konzentrationslager aus.

Nach der Zerschlagung des Dritten Reiches durch die Alliierten, wurde vorerst nur den Deutschen der drei Westzonen die Möglichkeit gegeben, ein im Wesentlichen auf den Prinzipien der parlamentarischen Demokratie und der Wahrung politischer Freiheitsrechte begründetes Staatswesen wieder aufzubauen. Allerdings wurden diejenigen durch die konkrete Politik der Westalliierten enttäuscht, die gehofft hatten, nach 1945 die politische Freiheit durch eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsform endgültig verwirklichen zu können. Noch bitterer wurden die enttäuscht, die geglaubt hatten, daß die im anderen deutschen Staate stehende „Sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsform“ politische Freiheit mit sich bringen würde.

Die gesellschaftliche Auseinandersetzung heute in der Bundesrepublik geht also nicht mehr

Was bedeutet Freiheit heute?

um die Frage politischer, wirtschaftlicher, kultureller oder sozialer Freiheitsrechte an sich, sondern um den Grad ihrer Verwirklichung.

Zugleich tauchen neue Gefährdungen unserer Freiheit am Horizont auf: Die Gefahr der Vernichtung jeder Freiheit durch die Vernichtung der Menschheit in einem atomaren Inferno, die zunehmende Gefährdung menschlichen Lebens und damit menschlicher Freiheit durch die rapide Vergiftung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, die bisher aus den Ansätzen deutlich werdende Gefährdung unserer Freiheit durch neue Informations- und Kommunikationstechniken, die totale Kontrolle, totale Manipulierbarkeit, die den steuerbaren, gläsernen Menschen hervorbringen können.

Wo jedoch die Unfreiheit besteht, wächst zugleich die Sehnsucht nach Freiheit.

Wie unser kurzer geschichtlicher Rückblick gezeigt hat, sind Freiheit und Menschlichkeit untrennbar miteinander verbunden. Heute verstehen wir unter menschlicher Freiheit ein möglichst hohes Maß an Selbstbestimmung. *Derjenige fühlt sich frei und er ist frei, der ein hohes Maß von dem verwirklichen kann, was er selbst will.* Wer seine Persönlichkeit frei entfalten kann, gilt als freier Mensch.

Damit stellt sich jedoch die Frage nach der Freiheit der anderen. Freiheit ist nämlich nicht nur die Freiheit des Andersdenkenden, Freiheit ist vor allem die Freiheit des Anderswollenden und besonders des Andershandelnden.

Wie kann ich meinen freien Willen, mein freies Handeln, gegen andere, oder mit ihnen zusammen verwirklichen?

Die Geschichte hat gezeigt, daß dies zuerst eine *politische Frage* ist. In der Bundesrepublik haben wir die Freiheit, in der Regel alle vier Jahre über die Zusammensetzung unserer Parlamente und damit über die Spitze der Exekutive, das heißt des staatlichen Apparates zu bestimmen. Dies reicht jedoch immer weniger Bundesbürgern aus. Mehr und mehr Menschen wollen politische Freiheitsrechte direkt wahrnehmen. Sie engagieren sich in politischen Parteien, in den letzten 15 Jahren aber auch in Bürgerinitiativen. Sie stoßen jedoch immer schmerzlicher an die Grenzen politischer Freiheitsrechte. Dies gilt vor allem für die Wahrnehmung der Freiheit, seine Meinung nicht nur zu äußern, sondern auch in Wort, Schrift und Bild Freiheit zu verbreiten. Der zunehmende Konzentrationsprozeß im Pressewesen, der wachsende Einfluß wirtschaftlicher und politischer Interessengruppen auf die öffentlich-rechtlichen Medien, die Ausbreitung privater Medien, sind vielleicht die aktuellste Bedrohung der Freiheit, das heißt der Freiheit zur Meinungs- und damit zur Willensbildung in unserem Lande. Aber auch „alltägliche politische Freiheitsrechte“ werden eingegrenzt. Von einer echten Mit-

bestimmung in Betrieben und Verwaltungen kann genauso wenig die Rede sein wie von der Freiheit der Schüler- und Jugendpresse, von der Wahrung der Rechte der Bürger gegenüber einer immer allmächtigeren (und zugleich chaotischeren) Bürokratie. Gerade darum wird die Forderung immer stärker vertreten, politische Entscheidungen mehr zu dezentralisieren, den direkten Einfluß der Bürger zu erhöhen, Meinungsmonopole zu brechen.

Aber auch in der Wahrnehmung der *sozialen Freiheitsrechte* klaffen Anspruch und Wirklichkeit auseinander. Freie Berufswahl, die freie Wahl des Arbeitsplatzes, das strikte Verbot des Grundgesetzes aufgrund seines Herkommens, seines Geschlechtes, seiner religiösen, seiner weltanschaulichen oder politischen Überzeugung benachteiligt zu werden, stehen für viele oftmals nur auf dem Papier.

Wieviele Jugendliche können nicht den Beruf erlernen, den sie wollen, sondern müssen sich mit dem Ausbildungsplatz zufriedengeben, der ihnen gerade angeboten wird?

Wieviele ArbeitnehmerInnen können ihr Recht auf Arbeit nicht wahrnehmen, weil in den letzten Jahren Hunderttausende von Arbeitsplätzen vernichtet wurden?

AusländerInnen erhalten in der Regel immer noch die schlecht bezahltesten, gesundheitsgefährdeten Arbeitsplätze. Frauen werden in der Regel benachteiligt, wenn gut bezahlte, hochqualifizierte, interessante Arbeitsplätze, aber auch Funktionen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik verteilt werden.

Und wenn die Betroffenen, wenn ihre Betriebs- und Personalräte, wenn die Gewerkschaften soziale Rechte einklagen, so stoßen sie oftmals schnell an die grundgesetzlich verbrieftete Garantie des Eigentums, des freien Wirtschaftens.

Aber auch die *Freiheit, so zu leben, wie man will*, individualistische Lebenskonzepte zu verwirklichen, sexuelle Freiheit gilt es gegen-

über nach wie vor tiefverwurzelten, konservativen Einstellungen und Weltanschauungen täglich neu durchzusetzen. Vielleicht sind gerade wegen dieser vielfältigen Gefährdungen politischer, sozialer und kultureller Freiheitsrechte und damit auch Freiheitsräume die Menschen, vor allem junge Menschen, heute gleichwohl individualistischer, informierter, selbstbewußter. Anpassung und Konformität sind heute eben nicht mehr „in“.

Neue *soziale Bewegungen*, alternative Arbeits- und Lebensformen sind entstanden und selbst die alten sozialen Bewegungen, die Gewerkschaften, die Sozialdemokratie und vielleicht auch die Arbeiterwohlfahrt haben sich auf den Weg gegeben, eine Gesellschaft zu verwirklichen, der die persönlichen, kulturellen, sozialen und politischen Freiheitsrechte zugrunde liegen.

Politische und militärische Macht kann nur dann zur faschistischen Diktatur führen, wenn anerzogene autoritäre und faschistoide Werte und Einstellungen bei den Menschen dies unterstützen.

Wieviel Freiheit ein Kind, ein Jugendlicher erlebt, konkret erfahren kann, ist also eine unbedingte Voraussetzung dafür, daß Freiheit auch in Zukunft eine Chance hat. Der pädagogische Alltag und die Ferienfreizeiten sind so zu gestalten, daß Kinder und Jugendliche als selbstbestimmte Persönlichkeit in die Lage versetzt werden, ihre Freiheitsrechte wahrzunehmen und die der anderen anzunehmen und zu respektieren.

Gerechtigkeit und Gleichheit

Gerechtigkeit und Gleichheit, historisch betrachtet

Ein Wort wie *Gerechtigkeit* können wir im Alltag häufig hören. PolitikerInnen, BürgerInnen, JuristInnen aber auch PädagogInnen, Eltern und Kindern benutzen Gerechtigkeit als Maßstab zur Beurteilung menschlichen Handelns. Wörter, wie „Recht“ und „gerecht“ fallen dabei direkt ins Auge aber auch Überlegungen zur Gleichberechtigung – Gleichwertigkeit – Gleichheit.

Was bedeutet jedoch gerecht sein? Jeder erhält das, was ihm vom Recht her zukommt. Dies bedeutete im Mittelalter für die einfachen Menschen nur Nahrung und Sicherheit, für den Herrn, der für die Sicherheit garantierte, jedoch auch Güter über den täglichen Bedarf hinaus. In Preußen galt der Spruch „jedem das Seine“. Somit erhielten Menschen unterschiedliche Güter.

„Alle Menschen sind gleich“, ihnen kommt somit auch das Gleiche zu. Warum soll ein Armer weniger an Essen und Kleidung erhalten als ein Reicher?

Diese Aussagen sollen das Spannungsverhältnis zwischen Gerechtigkeit und Gleichheit andeuten.

Gleichheit als Fundament für Gerechtigkeit bedeutet die Veränderung von Strukturen und die Beendigung von Zuständen, die dazu geführt haben, das Menschen in Unfreiheit leben müssen oder wegen ihrer Herkunft und ihres Geschlechts benachteiligt werden.

Wir können in der Umkehrung sagen: *Ungleichheit ist die größte Ungerechtigkeit im menschlichen Zusammenleben.*

Vom Mittelalter her rührt in unserer Gesellschaft die Auffassung, daß der Mensch aufgrund seiner Herkunft in eine gottgewollte Ungleichheit als Herr oder Sklave, Graf oder Leibeigener gewissermaßen hineingeboren wird und sich mit seinem Schicksal abzufinden habe.

Mit dem *Zeitalter der Aufklärung* – etwa von 1700 an – änderte sich diese Auffassung.

Mit Rousseau (1712–1778) und seiner Stellungnahme gegen die negativen Einflüsse von Kultur und Gesellschaft, die in der allseits bekannten Formel: „Zurück zur Natur!“ ihren Ausdruck gefunden hat, verbinden sich in besonderem Maße Forderungen nach Freiheit, Menschenrechten und Menschenwürde. Gleichheit hat es Rousseaus Meinung nach nur in einem paradiesischen Urzustand gegeben, der von einem *Gleichgewicht zwischen menschlichen Bedürfnissen und für jeden Einzelnen in gleicher Weise zur Verfügung stehenden Gütern* (Nahrungsmittel, Rohstoffe, Werkzeuge etc.) bestimmt war. Seit der Entstehung des Privateigentums, d. h. seitdem jeder behaupten konnte: „Dies gehört mir“, hatten sich Herrschaft und Rassucht, Neid und Eitelkeit und somit soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten ausgebreitet.

Karl Marx (1818–1883) macht u. a. auf den Faktor der *Arbeitsteilung* aufmerksam. Zu den vielfachen Belastungen und Benachteiligungen des Menschen im industriellen Produktionsprozeß gehören Monotonie der Arbeit, Fremdbestimmung, einseitige Beanspruchung, Verlust von Kreativität und Schaffensfreude sowie die Einschränkung von Bildungsmöglichkeiten und Persönlichkeitsentwicklung.

Zu den bekanntesten Fortschritten im Kampf um Gleichheit und Gerechtigkeit zählen die im *amerikanischen Bürgerkrieg* der Nord- gegen die Südstaaten (1861–65) erreichte Befreiung der Sklaven sowie die Aufhebung der Leibeigenschaft der Bauern in Rußland etwa zur gleichen Zeit.

Gerechtigkeit und Gleichheit heute

Die Entwicklung in Deutschland soll hier am Beispiel der *Reformbemühungen in Preußen* dargestellt werden. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurde die Leibeigenschaft aufgehoben, 1850 das Dreiklassenwahlrecht eingeführt und ab 1871 durften alle Männer über 25 Jahren wählen; die faktische Gleichstellung der Bauern als freie Bürger erfolgte erst 1917.

Ein wichtiger Kampf zur Erlangung von Gleichheit wurde somit um die Ausübung des *Wahlrechts* für alle BürgerInnen eines Staates geführt. Hier galt es, ebenso sehr dafür zu sorgen, daß der einzelne Adlige – aufgrund von Grundbesitz und Vermögen – nicht über mehrere Stimmen verfügen durfte. Schlechterverdienenden, Hilfsbedürftigen und Frauen mußte überhaupt erst einmal zum Stimmrecht verholfen werden.

In der Weimarer Verfassung von 1919 und im Grundgesetz von 1949 ist die *Gleichberechtigung der Frau* verankert, 1919 wurde das Frauenwahlrecht eingeführt.

Der Kampf gegen Ungleichheit und Ungerechtigkeit ist auch in unserem Zeitalter noch lange nicht beendet. Als Beispiel soll hier nur das Apartheidsystem in Südafrika genannt werden.

Doch auch in unserer Gesellschaft gibt es Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten. Obwohl im Grundgesetz verankert, ist die Gleichberechtigung von Frauen im Beruf, in der Gesellschaft und in der Politik noch nicht realisiert. Die sozialen Ungleichheiten spiegeln sich sehr deutlich in den Einkommensverhältnissen wider. Dies gilt für die Bundesrepublik Deutschland genauso wie für andere Länder.

In der Bundesrepublik Deutschland wird die soziale Ungleichheit zementiert durch die vom Wirtschaftsrat 1947 entwickelten Grundzüge des Steuersystems, das Besserverdienende bevorzugt und die unterschiedliche Bewertung von Arbeit, z. B. von Kopf- und Handarbeit.

- So wäre unter anderem zu diskutieren:
- Mit welchem Recht genießen Ärzte und Hochofenarbeiter z. B. nicht nur unterschiedliche Verdienste, sondern in noch größerem Maße unterschiedliches Ansehen in unserer Gesellschaft?
 - Warum werden bestimmte Leistungen hoch bewertet und bezahlt und andere niedrig?
 - Wie kommen derartige Bewertungen zustande?
 - Wer hat ein Interesse an ungleichen Einstufungen und Einkommensverhältnissen?

Das Bestreben, dasselbe *Gesetz* auf den gleichen Fall in gleicher Weise anzuwenden, deckt eine Reihe von Ungleichheiten auf. Arme oder Reiche in unserer Gesellschaft haben aufgrund ihres persönlichen Wissens sowie infolge der Heranziehung oder Nicht-Heranziehung von Experten und guten Anwälten unterschiedliche Chancen, ihr Recht durchzusetzen.

Ziele im Kampf für Gerechtigkeit und Gleichheit

Zu überlegen ist, wie weit zur Erreichung von Gleichheit

- entweder jedem stets das Gleiche – durch genaues Abmessen, Teilen, genausoviel Zeit haben, persönliche Zuwendung entgegenbringen etc. – zu gewähren ist,
- oder jedem stets das Seine anzubieten ist, seinen Wünschen oder Bedürfnissen entsprechend bzw. in Anbetracht seiner Leistungen oder seiner Leistungsfähigkeit usw.

Was ist gerechter? Bestehen möglicherweise Unterschiede in der Bewertung, je nachdem, ob diese Gleichheit im Elternhaus, in der Schule, dem Beruf oder in der Ferienfreizeit praktiziert werden soll? Wie gelange ich überhaupt zur richtigen Bewertung?

Unser Interesse muß darin bestehen, Ungleichheiten aufzudecken und abzuschaffen. Mit Hilfe von Gesetzen und Vorschriften sollen Ungleichheiten beseitigt und Mitbestimmungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Der Einsatz für Gleichheit und soziale Gerechtigkeit erfordert den Kampf gegen soziales Unrecht.

Soziale Gerechtigkeit bedeutet, durch sozialpolitische Maßnahmen für sozial benachteiligte Gruppen der Gesellschaft (z. B. Arbeitslose, Behinderte, Alleinerziehende, kinderreiche Familien) einen sozialen Ausgleich herbeizuführen. Durch Bildungspolitik und durch Einfluß auf den Arbeitsmarkt z. B. sind ihnen verbesserte Chancen zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und Wohlstand zu bieten. Die Sozialpolitik der 80er Jahre hat jedoch das Gegenteil bewirkt. Die Lohnabhängigen müssen im Vergleich zu den Selbständigen, den Spitzenverdienern immer mehr Steuern zahlen, gleichzeitig aber verschlechtert sich ihre soziale Sicherung. Die Schwachen der Gesellschaft werden immer mehr ausgegrenzt. Unter dem Vorwand „Leistung gilt wieder“ breitet sich eine Ellbogengesellschaft aus, die nicht von Solidarität getragen ist.

Gerechtigkeit und Gleichheit in Ferienfreizeiten

Auf welche Kriterien für Gerechtigkeit wir uns in der Ferienfreizeit einzustellen haben, das veranschaulichen uns zum einen die Grundwerte, die sich auf die Gewährung und Sicherung von Freiheit, Solidarität, Frieden und Schutz der Umwelt erstrecken.

Zum anderen geht es stets um kritisches und bewußtes Handeln, d. h.:

- sich ständig bemühen, den anderen zu nehmen, wie er ist,
 - sich in Frage stellen zu lassen,
 - sich selbst kritisch zu hinterfragen.
- Ungerechtigkeiten im Ferienlager auszuschließen, muß zur bewußten pädagogischen Arbeit zählen. Hierzu sollte jede Mitarbeiterunde und Diskussion genutzt werden. Beispiele für Gerechtigkeit zu geben, ist eine weitere wichtige Aufgabe, wobei solche Beispiele auch diskutiert und als nachahmenswert empfunden werden müssen.

Pädagogische Ungerechtigkeiten im Ferienlager sind z. B.:

- alle Kinder gleich zu behandeln und dabei zu übersehen, daß manche Kinder einen mehr brauchen als andere,
- zu versuchen, sich mit Machtanwendung durchzusetzen und gemeinsame Gespräche, Wünsche der Kinder und Mitbestimmung außer Acht zu lassen,
- sich durch das Verhalten von Kindern persönlich angegriffen zu fühlen und mit Bestrafung zu reagieren.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, die Verbindung von ungerechtem Handeln und Vorteilen, Privilegien, Vergünstigungen herzustellen. Hierüber sollte offen gesprochen werden.

Unsere Fragen lauten:

- Wer hat Vorteile, Privilegien, Vergünstigungen?
- Wer verschafft diese Privilegien?
- Wie werden sie angewandt?
- Wird jemand benachteiligt?

Eine Gesellschaft, die bei gleichbleibendem allgemeinen Lebens- und Einkommenstandard die sozialen Unterschiede zwischen den Bevölkerungsschichten noch weiter vergrößert, hat das Recht verwirkt, sich sozial zu nennen.

(Denkschrift der AW 1984: Zur Sozialpolitik der 80er Jahre)

In der Denkschrift wird die soziale Benachteiligung erläutert, die durch die Behinderung und den Ausschluß von Möglichkeiten zu:

- Bildung
- Besitz von Gütern
- Wahrnehmung von Freizeitangeboten
- sozialen Kontakten
- Teilnahme an politischen Entscheidungen entsteht.

Soziale Gerechtigkeit, wie sie die AW fordert, soll zwischen Gleichheit und Freiheit vermitteln, denn als Folge des Strebens nach absoluter Freiheit in Verbindung mit Egoismus und Individualismus können krasse Ungleichheiten auftreten, soziale Diskriminierung und Benachteiligung gefördert werden:

- Die Forderung „Freie Bürger fordern freie Fahrt“ ohne Geschwindigkeitsbegrenzung läßt vergessen, welche Opfer der rasende Straßenverkehr fordert, übersieht das Waldsterben, übersieht, daß Kinder im Straßenverkehr besonderer Rücksichtnahme bedürfen usw.
- Karrierehungrige, die nur ihr persönliches Fortkommen im Kopf haben, setzen sich oft über die Lage ihrer Mitmenschen hinweg, kümmern sich nur um sich selbst. Die Förderung von Eliteschulen kann bewirken, daß Schulen für die „normale“ Schülerschaft vernachlässigt werden, vor allem die Hauptschüler benachteiligt werden.

- Wer trifft in welchem Interesse welche Regelung und Entscheidung?

„Gegenüber jenen, die auf den Rückzug des Staates setzen, die Lasten den Betroffenen und deren Angehörigen möglichst allein aufbürden wollen und damit die Schwachen noch schwächer machen, ist deutlich Position zu beziehen.“ (AW-Denkschrift: Zur Sozialpolitik der 80er Jahre)

1) Eine Kurzgeschichte der Solidarität könnte folgenden Inhalt darbieten:

Lange vor der Zeitrechnung wurde im alten Rom vom Rat der Sprachgelehrten beschlossen, daß das Wort „Solidus“ fortan die Bedeutung „echt, fest, unerschütterlich“ erhalten sollte. Gleichzeitig wurde seine nahe Verwandtschaft mit dem Wort „salve“ festgelegt, das nicht nur als Siegergruß für Imperatoren und Gladiatoren Verwendung finden, sondern ebenfalls mit „heil, gesund“ übersetzt werden sollte. – Und gerade die letzte Regelung wurde von der gesamten Bevölkerung besonders gefeiert, da bis dato Unerschütterlichkeit nicht in jedem Fall als Wert geachtet wurde und mancher seiner Festigkeit wegen den „Löwen zum Fraß“ ausgesetzt war.

Viele Jahrhunderte gab der Begriff fortan Anstöße zu neuen Wortbildungen wie „Sold“, „Soldat“, „Saldo“ u. ä., bis er zu Beginn des 19. Jahrhunderts im französischen „solidaire“ wieder auftauchte.

Zudem wurde bekannt, daß die Juristen den Begriff bereits seit langem verwendeten in der Bedeutung von „wechselseitig für das Ganze haften“ bzw. „als Gesamtschuldner haften“.

Die politische Brisanz solidarischen Handelns zeigte sich spätestens in der Französischen Revolution im Jahre 1789. Im Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung der Menschen wurde die Forderung nach: *Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit* aufgestellt.

2) Zur Bedeutung des Begriffs ist festzuhalten, daß Solidarität im Sinne von Brüderlichkeit das Zusammenstehen im Kampf gegen andere meint und damit auch die Begriffe Gerechtigkeit und Freiheit einschließt. Man wird sich hierzu an die Anfänge der Industriearbeit in den Fabriken und an den Hungerlohn der ArbeiterInnen erinnern müssen, um den Kampf der ArbeiterInnen gegen Not und Elend als organisierten Widerstand gegen Ausbeutung, Unfreiheit und Ungerechtigkeit zu verstehen. Erfolge waren jedoch erst durch die Gründung von Arbeitervereinen, sozialistischen Gruppen und Gewerkschaften und die Stabilisierung solidarischen Handelns möglich, die sich sowohl gegen die Fabrikherren richteten, ebenso stark aber den persönlichen Beistand untereinander wie auch gegenseitige Hilfen wesentlicher, auch materieller Art beinhalteten.

Im Grunde geht es bei solidarischem Verhalten um die Verwirklichung von Chancengleichheit für alle Menschen und damit um die Durchsetzung eigener Rechte, was ohne tatkräftiges eigenes Engagement allzuleicht gefährdet ist. Solidarität muß stets dazu beitragen, *jedwede Art von Benachteiligung zu verhindern.*

Wer nur seine Arbeitskraft zu verkaufen hat und nicht über ein ansehnliches Aktienpaket und / oder Grundstücke, Geschäfte, Häuser und dergleichen verfügt, dem hilft nicht weiter, daß Solidarität als Gegenstand der christlichen Soziallehre die sozialen Tugenden der Nächstenliebe und der Nachbarschaftshilfe hervorhebt.

Wenn dabei die bestehenden Verhältnisse als gegeben betrachtet und die sozialen Ungleichheiten aufgrund von Geburt, Bildungsmöglichkeiten und Berufsaussichten durch den Einzelnen korrigiert werden sollen, dann erhält Solidarität den Geruch des Almosenspendens für Schlechtgestellte oder Prestige- und

Stabilisierungsfunktion für die ohnehin schon durch materielle und bildungsmäßige Vorteile Einflußreichen und Mächtigen.

Das Nachschlagen des Begriffs Solidarität im Lexikon endet bei Bezeichnungen wie *gemeinsam, miteinander übereinstimmen, füreinander einstehen, eng verbunden.*

Politische Bedeutung erhält Solidarität jedoch erst dann, wenn zugleich auch die Fragen beantwortet werden . . .

Für wen setze ich mich ein?

Mit wem führe ich gemeinsame Aktionen durch?

Warum handle ich solidarisch?

. . . damit es uns nicht so ergeht wie im alten Rom, wo „kluge Leute“ bestimmten, was gelten sollte, oder im Mittelalter, wo die Mächtigen – im Besitz weltlicher und kirchlicher Macht – die Entscheidungen trafen, oder heute, wo . . . (?)

3) Somit bedeutet *solidarisches Handeln für die Jugendarbeit bei der Arbeiterwohlfahrt*, sich mit all den Personen und Gruppen zu solidarisieren, die national und international Chancenungleichheit, Benachteiligung, Diskriminierung, Ausbeutung und Unterdrückung erfahren – ganz gleich, ob es sich um Deutsche oder Ausländer handelt.

Vor allem wird eine derartige Haltung nicht in erster Linie auf sittliche Gebote des Christentums zurückgeführt werden können, da in unserer internationalen Welt eine Vielzahl von Glaubensgruppen existiert, auf die sich Solidarität bezieht. Auch erscheint die Begründung zu allgemein, daß es in der Natur des Menschen – als Einzelwesen sowie als Sozialwesen erschaffen – liege, zur Hilfeleistung im Sinne christlicher Nächstenliebe und wechselseitiger Verantwortung verpflichtet zu sein.

Vielmehr wird auf die Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten zu verweisen sein, die sich durch die schlechte wirtschaft-

liche Lage von Einzelnen und Gruppen und deren ungleiche Beteiligung an Kultur und Bildung in einer Gesellschaft ausdrücken.

Solidarisierungen dienen der Befreiung des Menschen von Abhängigkeit und Macht und müssen sich als Beitrag zur Emanzipation erweisen. Die Verhinderung von Isolation ist hierbei ebenso wichtig, wie die Vermeidung von Resignation, die sich allzuleicht einstellen kann, *wenn die Zustände in dieser Gesellschaft als persönliches Schicksal oder als Sachzwang hingenommen werden.*

4) Für die *praktische Ausübung von Solidarität* ist die Verdeutlichung der beiden Gesichtspunkte wichtig, die schon angesprochen wurden: Einmal äußert sich solidarischeres Verhalten in der *eigenen Gleichsetzung mit der Interessenslage anderer*, z. B. in Formen wie Grußbotschaften, Unterschriftensammlungen, Bürgerinitiativen, Hilfsaktionen, Demonstrationen, u. ä. Zum anderen steht die *gemeinsame Durchsetzung eigener Interessen* und Bedürfnisse im Vordergrund.

Zum Bereich solidarischer Aktionen gehört es, gegen soziale Abwertungen gemeinsam einzutreten und sich dagegen zu wehren, daß z. B. Nichtsehbare, Obdachlose, Ausländer als Menschen zweiter Klasse behandelt werden.

Solidarität wird von Diethelm Damm – in Anlehnung an den Sozialpsychologen Erich Fromm – als ein Bedürfnis dargestellt, das mit Sicherheit und Wohlbefinden verbunden ist. Seiner Meinung nach steht die „gesellschaftliche Natur“ des Menschen, die sich in dem Bestreben äußert, „gern mit anderen zusammen sein“ zu wollen bzw. „gemeinsam mit anderen was unternehmen“ zu wollen, im Widerspruch zur „ständigen Tendenz der Isolation der Individuen unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen“. Im weitesten Sinne kann das Bedürfnis nach Solidari-

tät mit dem Bedürfnis nach Kontakt und Kommunikation gleichgesetzt werden.

Paulo Freire spricht dies in der Erkenntnis aus:

„Solidarität verlangt echte Kommunikation“

Und aus Nicaragua stammt der Satz: *„Solidarität ist die Zärtlichkeit, die mein Volk braucht.“*

Denken und Handeln als zwei zusammengehörende Seiten einer gemeinsamen Sache können die wirkliche Bedeutung von Solidarität begrifflich machen. Über Aktionen zu sprechen, Unfreiheiten und Ungerechtigkeiten zu erkennen sowie das Zusammenstehen vieler als gemeinsame Sache zu erfahren, sind Lern- und Handlungsschritte, um Solidarität zu verwirklichen. Grundlage hierfür ist die bewußte Auseinandersetzung mit der Gesellschaft und der Welt.

Zugleich wird auch die Erfahrung zu vermitteln sein:

Du kannst helfen bzw. Du wirst gebraucht und Deine Meinung ist wichtig, ebenso wie: Du wirst nicht hingelassen, andere sind für Dich da.

Kinder und Jugendliche zu Festen und Veranstaltungen einzuladen, führt zu derartigen Erfahrungen ebenso wie der Besuch von in der Nähe des Ferienortes liegenden Kinder- und Altenheimen, um durch Programme, Aufmerksamkeiten, Ansprechen u. ä. anderen Menschen zu zeigen, daß sie nicht allein sind und nicht abseits der Gesellschaft stehen. Der Gleichstellung von Männern und Frauen ist durch Bewußtmachungen und Aktionsprogramme besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Auch sollte zu menschenfeindlichen, friedens- und umweltbedrohenden aktuellen Ereignissen Stellung genommen werden, wie diese z. B. durch Rüstungsprogramme, Rassendiskriminierung in Südafrika, Tschernobyl-Katastrophe usw. in Erscheinung treten.

„Das Streben nach voller Menschlichkeit kann jedoch nicht in Isolation oder im Individualismus vor sich gehen, sondern nur in Gemeinschaft und Solidarität.“ (Paulo Freire)

Literaturhinweise

Bäuerle, D.: *Die Stellungnahme der katholischen Kirche in der Grundwertediskussion*, in: Beilage zur Wochenzeitschrift *Das Parlament*, B 49/78

Damm, D.: *Politische Jugendarbeit*, München 1977

Duden, Herkunftswörterbuch, Band 7, Mannheim 1963

Freire, Paulo: *Pädagogik der Unterdrückten*, Reinbek 1973

Greiffenhagen, Th. (Hrsg.): *Kampf um Wörter*, München / Wien 1980